

fremd ist. Die älteren Feudisten, zuerst Jacobus de Ravanis (etwa 1250—1296), bezeichneten nämlich die Ansprüche, welche den Vasallen durch die Lehensinvestitur mit Symbolen, ohne tatsächliche Besitzteinweisung (investitura abusiva bei den älteren Feudisten), erwachsen, als eine Forderung gegen den Lehensherren auf Besitzteinweisung und nannten dieses Forderungsrecht im Gegensatz zu dem durch die Investitur mit gleichzeitiger Besitzerteilung (investitura propria) erworbenen dinglichen Rechte *jus ad rem*, weil es ein schwächerer Grab des genannten *jus in re* sei: „*Sed certo ego puto etiam per investitum verbalem et baculi porrectionem, quae abusiva investitura dicitur . . . feudum esse acquisitum, etiam ante traditionem possessonis, cum investito dominus praecise cogatur tradere possessionem. Licut enim ante tradidam sibi possessionem investitus jus non habeat in re, habet tam *jus ad rem*. Nam minus est investitaram facere, quam etiam possessionis traditione perficere*“ (Jac. de Ravanis, *Summa super usibus feudor.*, tit. quot modis feud. acqu.). — In der Decretalsammlung Gregors IX. ist die Unterscheidung zwischen *jus ad rem* und *jus in re* noch nicht ausgebildet. Aber in zwei nicht in den Liber sextus aufgenommenen Constitutionen von Bonifaz VIII. aus dem Jahre 1294, welche wohl nach dem Erscheinen der von Jacobus de Ravanis verfaßten Summa erlassen worden sind, werden ausdrücklich vom *jus quae situm in re* (an Beneficien) andere, schwächere Berechtigungen unterschieden und als *jus ad rem* bezeichnet. (Die beiden Constitutionen des Papstes Bonifaz: *Pridem ad apicem* und *Dudum circa promotionis*, welche sich nicht in den Bullarien finden, sind dem Einne nach durch die declaratorische Decretale c. 8 in VI 3, 7 bekannt; einen Theil des Textes enthält die Glossa s. v. *verba* zu c. 39 in VI 3, 4.) Daselbe geschieht dann systematisch im Liber sextus und den späteren Sammlungen, so in c. 13. 39. 40 in VI 3, 4; c. 8 in VI 3, 7; c. 1, Extrav. Joan. XXII., tit. 4; c. un., Extrav. comm., 1, 6.

Nach dem geltenden Kirchenrechte entsteht das *jus ad rem*: 1. durch die Verleihung eines Beneficiums seitens des collationsberechtigten kirchlichen Obern, falls der Bedachte seinen Consens noch nicht ertheilt hat, für die Zeit bis zur Annahme oder Zurückweisung (c. 17 in VI 3, 4); 2. durch die Bestellung zum coadjutor cum futura successione (vgl. Garzias, *De benef.* P. 4, o. 3, n. 56; Reiffenstuel, *Jus canon. univ.* lib. 3, tit. 6, n. 63); 3. durch die Präsentation seitens eines geistlichen Patrons, wenn derselbe nur einen einzigen präsentirt hat. Präsentirt aber ein geistlicher Patron mehrere, so entsteht für keinen aus ihnen ein *jus ad rem*, ebenso wenig wie für den von einem Laienpatron Präsentirten, und zwar in letzterem Falle deswegen, weil der Laienpatron das *jus variandi* hat. Die Annahme einzelner Auctoren, daß in den letzteren Fällen jedem der Präsentirten ein bedingtes *jus*

ad rem zustehe, mit der Bedingung nämlich, daß das Recht der Anderen nicht zur Verwirrung komme, ist mit dem Wesen des *jus ad rem* nicht vereinbar (vgl. Garzias l. c. P. 4, c. 3, n. 13 sqq. und die dort citirten Entscheidungen der Rota; Hinschius, *System des R.-R.* III, 51, Ann. 7); 4. durch die Annahme der Wahl seitens des canonisch Gewählten (vgl. Reiffenstuel l. c. lib. 1, tit. 6, n. 29 sqq.). Durch die Annahme der Postulation erlangt der Postulante sein *jus ad rem*, ebenso wenig wie durch die sogen. *regia nominatio* für ein Bisthum vorgeschlagene durch diese Nomination (vgl. Bened. XIV., *De syndico* 2, 5, n. 3; Hinschius a. a. D. II, 693). — Das Wesen des *jus ad rem* besteht, wie bereits oben kurz angegeben ist, darin, daß der Berechtigte, seine Fähigkeit und die *Vacans* des Beneficiums vorausgesetzt, ein *jus quae situm* besitzt auf die Verleihung des Beneficiums. Das Letztere ist ihm in der Art versprochen, daß jede anderweitige, unter Verlehung seines Rechtes erfolgte Vergebung der rechtlichen Wirkung entbehrt. Si hi ad quos . . . spectat collatio Praebendarum, Praebendam quae vacabit ibi postmodum . . . alii duxerint conferendam: talis collatio in tuum praecuditum attentata nullam obtinet firmitatem (c. 13 in VI 3, 4); ipse tamen episcopus vel quicunque alius de ipso beneficio . . . in personam alterius ordinare nequibit. Quod si fecerit ejus ordinatio facta de beneficio non libero, viribus non subsistet (c. 17 ibid.). — Das kanonische Recht geht hier weiter als die Doctrin der Feudisten und Legisten, welche dem Investituren, bzw. Räuber regelmäßig nur eine Entschädigungsforderung einräumen. Nach den citirten Texten, welche von der rechtswidrigen Vergebung eines Beneficiums handeln, an welchem jemand ein *jus quae situm ad rem* besitzt, ist ein solches Beneficium non liberum; der provisionsberechtigte Obere kann dasselbe, die erforderlichen Eigenschaften vorausgesetzt, nur dem Inhaber des *jus ad rem* verleihen. Erfolgt die Vergebung rechtswidrig an einen Dritten, so liegt nur eine *collatio attenuata* vor, quae viribus non subsistet, nullam obtinet firmitatem. Würde also beispielweise der provisionsberechtigte ein Beneficium kirchlichen Patronats nicht dem einzigen Präsentirten, welcher die erforderlichen Eigenschaften besitzt, sondern einem Dritten verleihen, so wäre diese Collation rechtlich wirkungslos, und das *jus ad rem* des Erstern würde fortbestehen. Durch die ertheilte und angenommene Collation, bzw. Institution, Confirmation, wird das *jus ad rem* in ein *jus in re* verwandelt. Vorher steht es dem Berechtigten jederzeit zu, ohne höhere Genehmigung auf sein *jus ad rem* Verzicht zu leisten. (Vgl. Phillips, *R.-R.* VII, 489 ff.; Hinschius, *R.-R.* II, 652 ff.; v. Brünnow, *Über den Ursprung des sog. *jus ad rem**, Berlin 1869, 39 ff.; Berardi, *Commentaria in jus ecclesiasticum univ.*, Taurini 1746, I, 251 sq.; Garzias, *De beneficiis*, P. 4, c. 3.)

[Hermes.]